

Gehälterreform, Zusatzpension, Zeitsparkonten und Kinderbetreuung

Beamte und Familien kommen zu kurz

Während die CGFP noch in dieser Legislaturperiode auf eine Gehälterrevision drängt, fordert „Famill 2000“ eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung und die gerechte Anerkennung der häuslichen Betreuung.

Die CGFP pocht auf eine Gehälterrevision noch in dieser Legislaturperiode. Nach einer ersten Unterredung mit Ressortminister Claude Wiseler will sie nun direkt mit Staatsminister Jean-Claude Juncker reden. Der Regierungschef hatte am Donnerstag anlässlich der Erklärung zur Lage des Landes gesagt, es werde keine allgemeine Gehälterrevision geben.

Die CGFP habe seitens ihrer Fachverbände das Mandat bekommen, eine Gehälterreform „mit allen ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen und gewerkschaftlichen Mitteln voranzutreiben“, so die Gewerkschaft gestern nach einer Sitzung ihres Nationalvorstands.

Im direkten Kontakt mit dem Premierminister erhofft sie sich nun Einzelheiten zu seiner Erklärung. Mit dem Mandat, das die CGFP-Spitze von den Mitgliedsorganisationen bekommen habe, wolle man vernünftig und gewissenhaft umgehen. Aus diesem Grunde wolle man sich vor anderen Aktionen noch einmal an den Staatsminister richten, auch um auf diese Weise eventuelle Missverständnisse auszuräumen.

Die Analyse der Rede zur Lage des Landes stand im Mittelpunkt des CGFP-Nationalvorstands.

Die Einführung einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst war ein weiteres Thema im CGFP-Nationalvorstand. Seit Jahren schon mache sich die CGFP in dieser Frage für eine Gleichstellung von Privatsektor und öffentlichem Dienst stark und habe auch einen konkreten, auf dem Freiwilligenprinzip beruhenden Vorschlag zur Einführung einer solchen Zusatzpension innerhalb der öffentlichen Funktion vorgelegt.

Auch das geplante Zeitsparkonto für die Beschäftigten des

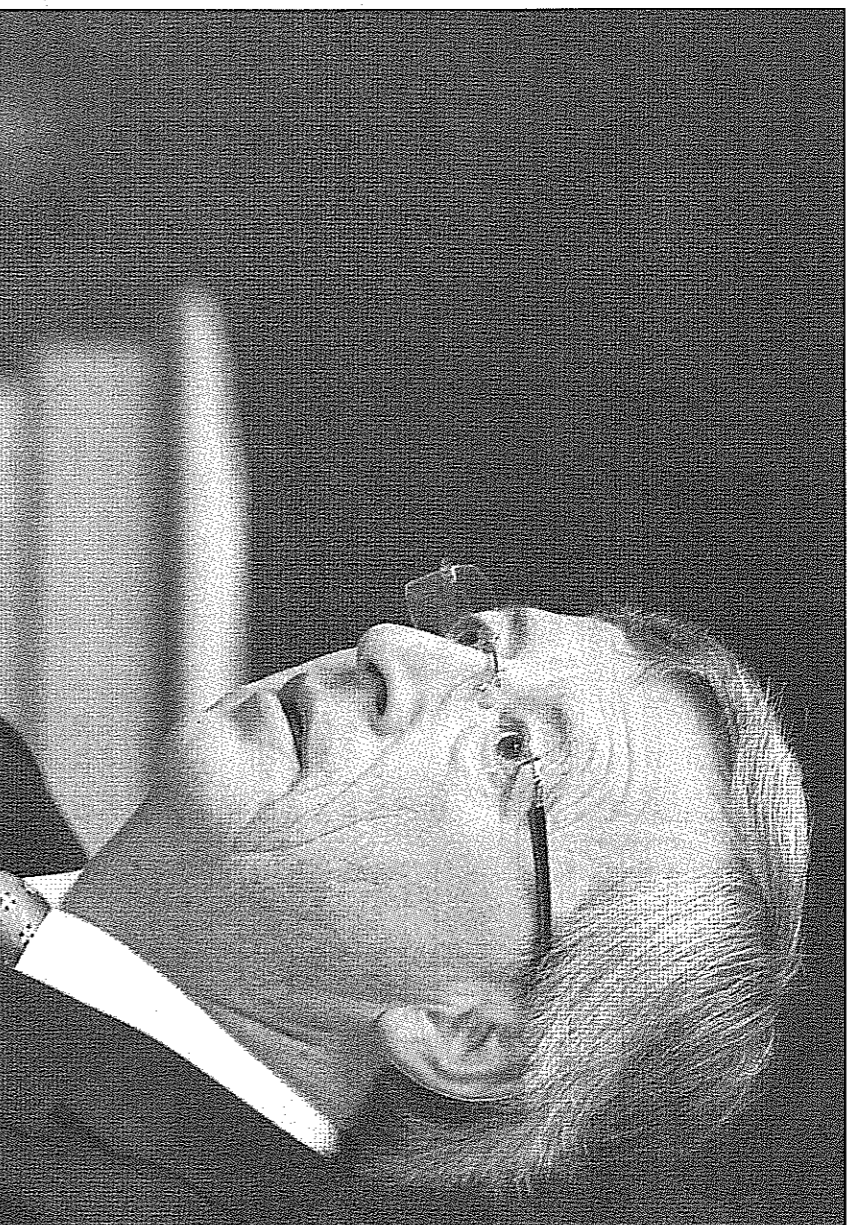


Foto: Tageblatt-Archiv/Alain Rischard

Mit seiner Erklärung zur Lage des Landes konnte Premierminister Jean-Claude Juncker längst nicht alle zufriedenstellen

Privatsektors sollte auf den öffentlichen Dienst ausgeweitet werden, fordert die Gewerkschaft der Staatsbeamten weiter. „Dies umso mehr, als die Idee zur Einführung von Zeitsparkonten aus den Reihen der CGFP kam und das im Jahre 2007 mit der Regierung unterzeichnete Besoldungsabkommen ausdrücklich vorsieht, dass 'le Gouvernement étudiera, en y associant la CGFP, la faisabilité de l'introduction, en parallèle avec le secteur privé, d'un système épargne-temps dans le secteur public.'“

Auch die Vereinigung „Famill 2000“ hat sich in einer Pressemitteilung mit Premier Junckers Erklärung zur Lage des Landes befasst. Gemäß den Erklärungen des Staatsministers könne es definitiv nur noch eine Art der Kinderbetreuung geben. Ausschließlich Familien, die auf Betreuungsstrukturen zurückgriffen, fänden Erwähnung, konstatiert

„Famill 2000“. Die Unterstützung aller und insbesondere benachteiligter Familien sei ein legitimes Vorhaben, und auch die Erweiterung der Betreuungsstrukturen wird gewünscht. Was aber sei mit den Familien, die sich frei entschlossen hätten, ihre Kinder zu Hause selbst zu erziehen.

„Famill 2000“ spricht von Ungerechtigkeit

Laut „Famill 2000“ trifft dies auf ein Drittel aller Familien in Luxemburg zu. Ihnen werde ein gleiches Maß an Unterstützung versagt, klagt die Vereinigung, die von Ungerechtigkeit spricht.

Bau und Betrieb von Betreuungsstrukturen würden mit öffentlichen Geldern komplett bzw. zu großen Teilen subventioniert. Dies komme alleine jenen zugute, die ihre Kinder nicht selbst betreuen könnten oder

wollten. Die frei gewählte Kinderbetreuung unter Verzicht auf einen Arbeitsplatz sei ein hart erworbenes Sozialrecht, das erst im Laufe des 20. Jahrhunderts Wirklichkeit geworden sei. Dabei gebe es keinen Beweis für die Überlegenheit der Fremdbetreuung der Kinder gegenüber dem sogenannten traditionellen Familienmodell, hält „Famill 2000“ weiter fest. In diesem Sinne fordert die Vereinigung „Gewährleistung der Wahlfreiheit und die gerechte Anerkennung der häuslichen Betreuung“.

Weder die genannten familienpolitischen Maßnahmen noch die angekündigten Anpassungen der Steuer- und Rentenmodalitäten (Individualbesteuerung und Rentensplitting) dürften auf Umwegen dazu führen, dass aus finanziellen Zwängen keine Familie sich mehr für die Eigenbetreuung der Kinder und Familienmitglieder entscheiden könne.